

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Zobanitzgasse 33.

Redaction der Redaction:
Sonntags 10-12 Uhr.
Montags 4-6 Uhr.

Alle die Redaction erscheinender Manu-
skripte sind zu besorgen und zu
besorgen.

Manuskripte der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literatur an Wochenenden bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Anzeigen für das Anzeigen-
Büreau, Universitätsstr. 22,
Dresdener Platz, Katharinenstr. 18, u.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftverkehr.

Kuflage 16.000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Postgebühren 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.

Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.

Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 M.,
mit Postbeförderung 45 M.

Inserate 5 gesp. Zeilen 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarische
Züge nach höherem Tarif.

Verlangen unter dem Redactionstempel
die Spaltzahl 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Wabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

N^o 222.

Sonntag den 10. August 1879.

73. Jahrgang.

Uebersicht über die Thätigkeit des Gewerbefriedsgerichts der Stadt Leipzig.

Zeit:	Klagen wurden geltend gemacht:			Termine wurden abgehalten:		Sitzungen unter Ausziehung der Beisitzer überhaupt:	Von den anhängig gewordenen Streitigkeiten wurden erledigt:					Erledigt nach Art und Weise der Klage in:					Un-erledigt geblieben:			
	a.	b.	c.	a.	b.		a. durch gerichtlichen Vergleich		b. durch Schiedspruch		c.	in anderer Weise:	1	1	2	3				
							in den durch die Beisitzer vermittelten Verhandlungen:	in den unter Ausziehung der Beisitzer abgehaltenen Verhandlungen:	zu Gunsten der Kläger:	zu Gunsten der Beklagten:								1	1	2
1. bis 30. Juni	5	108	113	104	17	4	81	9	90	6	—	6	15	111	94	4	9	4	111	9
1. bis 31. Juli 1879	21	161	172	158	16	4	136	7	143	2	3	5	31	178	162	4	9	3	178	3
1. Januar bis 31. Juli 1879	26	269	295	262	33	8	222	16	238	8	3	11	46	289	256	8	18	7	289	12

Leipzig, am 9. August 1879.

Das Gewerbefriedsgericht.
Kreiskammer, Revu. Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die Fahrbahn der Reiter Straße soll von der südlichen Grenze der „Schönen Erde“ bis zur südlichen Mündung der verlängerten Albertstraße mit hiesigen Steinen, die hiesiger Natur sind, teilweise mit Mojsathsteinen gepflastert und diese Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden. Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden. Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift „Pflasterung der Reiter Straße“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 20. August d. J. Nachmittags 5 Uhr.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Baumgarten.

Bekanntmachung.

Wegen häuslicher Verhältnisse in der großen Rathstube bleibt dieselbe Montag den 11. dieses Monats für den Verkehr mit dem Publicum geschlossen.
Leipzig, den 6. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Refferscheidt.

Bekanntmachung.

Wegen Reparaturarbeiten an der Dorotheenbrücke bleibt die Straße der Dorotheenstraße vom Hause an der Brücke Nr. 6 bis zum Sophienbad von Montag den 11. des. Mon. für den Fahrverkehr bis auf Weiteres gesperrt.
Leipzig, den 7. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann.

Bekanntmachung.

Am 2. d. M. ist der hiesigen Cavallerie ein grauer Stier, männlichen Geschlechts, übergeben worden, welchen der Bezirksarzt als der Wuthkrankheit dringend verdächtig befunden hat. Dieser Hund, einem hiesigen Einwohner gehörig, ist nach den angeführten Umständen an dem erwähnten Tage entlaufen, auf der Körnerstraße vor der Wohnung seines Herrn gesehen worden und hat sich die übrige Zeit meistens auf der Petersstraße aufgehalten. Da derselbe nicht ohne Aufsicht und in der Regel nicht ohne Aufsicht auf die Straße gekommen sein soll, wollen wir von besonderer Wichtigkeit absehen, bringen aber diesen Befehl mit der Aufforderung an alle Hundebesitzer zur öffentlichen Kenntniss, ihre Hunde sorgfältig zu beobachten und bei Wahrnehmung verdächtiger Erscheinungen an denselben sogleich das Nöthige vorzunehmen und bei uns Anzeige zu erstatten.
Leipzig, am 4. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Kreiskammer.

Das Waarenverzeichnis des neuen Zolltarifs betreffend.

Da die Aufstellung des Waarenverzeichnisses nach dem neuen Zolltarife in der nächsten Zeit beendigt und den Regierungen der Bundesstaaten vor dem definitiven Abschluss zur Berücksichtigung allenfallsiger Wünsche hinsichtlich einzelner Positionen vorgelegt werden wird, so erlauben wir die Industriellen unseres Reiches, welche in diesem Verzeichnisse bestimmte, zu ihrem Betriebe gehörige Waaren aufgenommen zu sehen wünschen, und beabsichtigen die nöthigen Mittheilungen an die sächsische Staatsregierung baldigst die erforderlichen Anzeigen zu machen.
Leipzig, 31. Juli 1879.

Die Handelskammer zu Leipzig.
In Vertretung: Dodel.

Neuwahlen in Preußen.

Das preussische Volk wird in kurzer Zeit an die Wahlurne berufen werden, um sich über die Wahl von Männern schlüssig zu machen, welche an die schwierige Aufgabe herantreten müssen, während einer schweren Krise im Lande mit Geduld und Einsicht die Interessen desselben zu vertreten. Ein Parteikampf ohne Gleichen hat der politischen Lage die Signatur aufgedrückt, die wegen der Leidenschaftlichkeit wiederum hochgehen und durch die Masse wird der Ruf erschallen: „Die liberalen und unabhängigen Bürgerthum, die Regierung und conservativ-ultramontane Coalition!“ Das bestehende preussische Ministerium — ob es das Ende der beginnenden Legislaturperiode überdauern wird, bleibe dahin gestellt — ist offenbar in eine schwierige Lage verwickelt. Es muß Farbe bekennen. Es wird daher der Berliner Regierungspresse offenbar schwer, für die Landtagswahlen eine Parole auszugeben, von der sich eine mächtige Wirkung bei den Wählern erhoffen läßt. Bei den vorigen Reichstagswahlen lagen die Dinge in dieser Hinsicht weit günstiger. Der Socialistenfächer hatte unmerklich eine conservativere Bewegung hervorgerufen, welche die Regierung in ihrem Sinne auszubenten wußte, und auch die Zollfragen spielten damals schon ihre Rolle zu Ungunsten des politischen Liberalismus. Mit welchem Schlagwort aber soll in die Bewegung der Landtagswahlen eingetreten werden? Die geschäftlichen Arbeiten, mit denen sich das neu gewählte Abgeordnetenhaus zu beschäftigen haben wird, sind nicht geeignet, eine populäre Stimmung für sich zu erzeugen. Hat die weitere Verstaatlichung der Eisenbahnen wird sich schwerlich viel Begeisterung zeigen; große Steuerreformen in Aussicht zu stellen, hilft man sich sehr, um nicht in unlieblicher Weise beim Wort genommen zu werden; für die wirtschaftliche Thätigkeit auf anderen Gebieten des Staatslebens, für Revisionen der Verwaltungsorganisation, der kirchlichen und Schulorganisation ist Enthusiasmus im Bürgerthum auch nicht zu erzielen. Und zudem scheint die Regierung, ihre Karten in dieser Hinsicht zu frühzeitig aufzuheben. Das Resultat der Wahlen wird ja eben erst darüber entscheiden, bis zu welchem Grade diese reactionären Bestrebungen verfaßt werden sollen. In ihrer Verlegenheit verfaßt die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz“ wieder auf die Schlagwörter „Freihandel“ und „Schutz Zoll“ und glaubt damit ein regierungsfremdes Abgeordnetenhaus

zusammenbringen zu können. Wenn die preussische Regierung kein anderes Programm aufzustellen weiß, so prophezeien wir ihr sehr mühsame Erfolge. Die Zollgesetzgebung liegt nun einmal abgeschlossen hinter uns, der preussische Landtag hat überhaupt Nichts damit zu thun und die ernüchternde Wirkung der in der letzten Reichstagsession vorgenommenen „Reform“ läßt sich schon sehr deutlich erkennen. Wenn die preussische Regierung sich in weiterer Folge der heutigen Situation auch fernherhin auf eine conservativ-ultramontane Majorität zu stützen gedenkt, so wird sie auch die Ziele als die ihrigen anerkennen müssen, welche eine Coalition unter der Führung von Kleist-Rekow und Windthorst anstrebt. Dann ruft sie offen die nothwendige Reaction in den Kampf mit dem Liberalismus, und wir werden sehen, wer stärker ist. Mit Programmen aber, die von fern nicht den Kernpunkt der heutigen Situation treffen, nach Analogie der jüngsten Auführungen der „Regierungspresse“ für den liberalen Sache der Wahlen wohl nicht geschwälert werden, denn noch ist ein feiner Kern dafür im preussischen Volkthum vorhanden. Wir lassen diesen Erwägungen einen Bericht unseres Berliner Correspondenten folgen, der die Situation vor der demnächst beginnenden Campaigne wie folgt schildert: „Wenn von vielen Seiten darüber geflagt wird, daß die liberale Partei noch gar Nichts von sich hören lasse, während von Seiten des Centrums und der Conservativen, namentlich aber von den Agrariern bereits eine große Thätigkeit entwickelt wird, so kann Dem gegenüber auch darauf hingewiesen werden, daß es erfahrungsmäßig nicht gut ist, wenn das Volk allzu früh verschaffen wird. Wenn die liberalen Parteien nur den Monat September ausgiebig benutzen und mit Energie an die Wahlbewegung herantreten, dann wird es ihnen nicht schwer fallen, wenigstens ihren Besitzstand im Abgeordnetenhaus ungeschwächt zu erhalten. Ein solches Resultat der bevorstehenden Wahlcampaigne, als die Erhaltung der bisherigen liberalen Majorität, wäre schon angesichts der großen Anstrengungen, welche die Regierungsparteien machen, als ein kolossaler Sieg der liberalen Parteien zu verzeichnen. Uebrigens lauten die Berichte über den Umschlag der Stimmung in den Provinzen immer günstiger und von einem „conservativen Hauch“ in den liberalen Kreisen ist wenig mehr zu verspüren. Jedenfalls tragen die plumpen Ueberhebungen der „R. V. Z.“, welche für Prägelstraße und Ehebeschränkung plaidirt, nicht wenig dazu bei, ernüchternd auf die öffentliche Meinung im Lande

zu wirken.“ So weit der Herr Correspondent, dessen Ausführungen wir durchaus zutreffend finden. Was uns anbetrifft, so richtet sich unser lebhafter Wunsch dahin, es möge dem preussischen Volke so viel Einsicht und Energie zur Seite stehen, um der liberalen Sache zum Siege zu verhelfen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 9. August.

Zwei erhabene durch die Bande enger Freundschaft verbundene Monarchen — sie sind beide Kaiser-Könige — reichen sich heute zu Gaste die Hände: Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef, die Herrscher zweier durch Macht und Ansehen ausgezeichneten Reichthümer. Was die diesjährige Zusammenkunft betrifft, so fällt sie in die vollendete Sommerzeit der Politik hinein. Emile Olivier würde sagen, daß kein Böllchen am Friedenshorizont sei, und sicher ist es, daß die gesammelte Zeitungspressen mit allem Beobachtungseifer keines zu entdecken vermag. Kaiser Franz Josef hat inzwischen eine Provinz, die seit mehr als einem Jahrhundert ein Zielpanz der österreichischen Politik war, seinem Reiche einverleibt und ist im Begriff, seine Aufstellungslinie noch um einige wichtige Etappen vorzuschieben. Die diesmalige Kaiser-Zusammenkunft bezeichnet gleichzeitig den Höhepunkt der heißen Saison; unser Kaiser kehrt nach Babelsberg zurück, und bald werden die militärischen Reisen des innerweltlichen Herrschers beginnen mit all den ernen, die sie zu begleiten pflegen. „Soweit wir übersehen können“, schreibt die R. V. Z., „haben die regelmäßigen Zusammenkünfte der beiden Kaiser eines politischen Hintergrundes kaum jemals vollständig entbehrt, wenn auch dessen Bedeutung nach der Lage der europäischen Angelegenheiten zu wechseln pflegte. Jedenfalls ist mit diesen Zusammenkünften ein Verhältnis wachsender Vertrauens zwischen den zwei großen deutschen Mächten gleichen Schritt gegangen, und wir dürfen daran festhalten, daß auch die diesmalige Zusammenkunft Zeugnis von der Fortdauer jenes so wünschenswerthen Einverständnisses giebt. Wir bemerken, daß beide Kaiser sich diesmal als Substante begrüßen, da Kaiser Franz seine silberne Hochzeit, unser Kaiser seine goldene gefeiert hat. Die leitenden Minister wohnen der diesmaligen Zusammenkunft nicht an.“ Dem Tageschronisten erwächst jetzt nämlich die unliebsame Aufgabe, sich mit dem Ultramontanismus als politischer Partei beschäftigten zu müssen und die Festigkeit des Bundes zu prüfen,

welches die Jesuiten-Clique des Reichstages mit der Reichsregierung und den Ultramontanen verbindet. In anderer Stelle ist auf die Haltung der Centrumpartei den in Preußen bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage gegenüber hingewiesen. Die Herren entwickeln schon jetzt eine weit eifrigere Thätigkeit, als dies bei früheren Gelegenheiten der Fall war. Das Centrum sühlt die Nothwendigkeit, seine Haltung in der jüngsten Reichstagsession den katholischen Wählern möglichst plausibel zu machen, obgleich es ihm schwer genug fällt, dieselbe mit früheren Erklärungen und ausdrücklichen Versicherungen hervorragender Führer in Einklang zu bringen. Die schwerste Probe steht allerdings dem Centrum erst im nächsten Reichstage bevor, wo eine sehr bedeutende Erhöhung des Militair-Etats gefordert werden wird. Es kann Dies schon jetzt als feststehend angenommen werden, obgleich in der offiziellen Presse noch Alles davon still ist, weil man die preussischen Wähler nicht gern vorzeitig sehen machen möchte. In liberalen preussischen Kreisen glaubt man überhaupt nicht, daß die finanziellen Ergebnisse des Zolltarifs weit reichen werden und daß an Ueberschüsse für die Einzelstaaten zu denken sei. Wenn der Reichstagsler sein Programm, die directen Steuern möglichst zu beseitigen, resp. die Grund- oder Gebäudesteuern den Communen ganz oder theilweise zu überweisen, zur Ausführung gebracht sehen will, dann wird er die Unterstützung des Centrums noch viel mehr in Anspruch nehmen müssen, als Dies schon der Fall gewesen ist. Es fragt sich aber doch sehr, ob das Centrum ihm nach weitere Bewilligungen zu machen im Stande ist, ohne einen politischen Selbstmord zu begehen. Ueber interne Vorgänge in der Partei selbst wird uns wie folgt geschrieben: „Die Ermahnungen zur Eintracht, die der Abg. Windthorst unendlich in einer Coblenzer Wählerversammlung an seine Parteigenossen richtete, waren sehr am Platze. Es ist eine nicht zu leugnende Thatfache, daß sich innerhalb des ultramontanen Lagers eine starke Opposition gegen die neueste Politik des Centrums kundgiebt, die nur mühsam niedergehalten wird. In Bayern ist der Gegensatz zwischen gemäßigten und extremen Katholiken längst zu offener und bestiger Beschuldigung vorgeschritten, und es scheint, daß dieser Gegensatz sich immer mehr auch nach dem übrigen Deutschland verbreitet. In Mainz, im Wahlkreise des Herrn Roussang, erscheint z. B. ein ultramontanes Blatt, die „Rene Zeitung“, worin das Centrum fortwährend wegen seiner Nach-